



Ziemlich erschöpft: Alexis Tsipras nach dem EU-Gipfel in der Nacht zu Freitag

FOTO: DPA

Die Troika heißt nun anders

Athen verhandelt nun doch mit den Geldgebern – erzielt aber bislang nur symbolische Erfolge

VON UNSERER KORRESPONDENTIN
DANIELA WEINGÄRTNER

BRÜSSEL. Im Schuldenstreit mit Griechenland keimt nach dem EU-Gipfel die Hoffnung, dass es doch noch zu einer Einigung kommt. Die griechische Regierung und ihre Geldgeber reden nun zumindest miteinander. Doch statt radikaler inhaltlicher Änderungen am Rettungspaket für Athen geht es viel um Kosmetik und Gesichtswahrung.

Beim Gipfel in der Nacht zum Freitag hatten sich der neue griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras und Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem angenähert. Am gleichen Tag redeten sie wieder miteinander – auf der einen Seite Haushälter aus Athen, auf der anderen Beamte aus den drei Institutionen der Troika, also Europäischer Zentralbank (EZB), Internationaler Währungsfonds (IWF) und EU-Kommission. Sie bereiten ein Treffen der Eurofinanzminister am Montag vor.

In einem Brüsseler Bürogebäude kamen sie zusammen und taten das, was Tsipras noch kurz zuvor ausdrücklich ausgeschlossen hatte. Sie verhandeln über eine Verlängerung des laufenden Spar- und Reformprogramms. Allmählich scheint den Neulingen in den Ämtern in Athen klarzuwerden, dass sie ohne Hilfskredite nicht auskommen und dass die damit verbundenen Bedingungen nicht auf dem Barausgedaelt werden können.

Es stehe der neuen Regierung frei, das laufende Hilfspaket auslaufen zu lassen und mit eigenen Vorschlägen Verhandlungen über ein drittes Sparprogramm zu

starten, sagte am Freitag ein in die Gespräche eingebundener Brüsseler Beamter, um sich dann selbst zu korrigieren. „Das Wort Sparprogramm nehmen wir nicht mehr in den Mund. Wir sprechen jetzt von dem Maßnahmenkatalog, der bislang Sparprogramm genannt wurde.“

Ein weiterer symbolischer Erfolg für die neue Athener Links-Rechts-Regierung: Die verhasste Troika, die den Griechen regelmäßig in die Bücher schaut, heißt nicht mehr so. Von einem Journalisten gefragt, wie sie denn bezeichnet werden solle, antwortete der Beamte: „Das sind wir ganz flexibel. Der Begriff Troika kommt ohnehin in keiner Programmvereinbarung vor und wurde von Journalisten nur erfunden, um die Struktur etwas einfacher darstellen zu können.“ In Berlin wurde der Sprecher von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Martin Jäger, deutlicher: „Wir nennen die Troika aus Rücksicht auf unsere griechischen Freunde neuerdings nicht mehr Troika, sondern: die Institutionen.“ Das neue Etikett ändere aber nichts am Prüfauftrag.

Tsipras muss also die Troika, wie er im Wahlkampf versprochen hat, nicht mehr ins Land lassen. Nun hat er seine Beamten nach Brüssel geschickt, um zu erklären, was mit der wolkigen Ankündigung seines Finanzministers Yanis Varoufakis gemeint ist, Athen werde 70 Prozent der Auflagen erfüllen und 30 Prozent verändern. Ein Eingeweihter sagt: Natürlich könne man Maßnahmen wie die Wiedereinstellung von 3000 Beamten, die Herabsetzung des Mindestlohns oder kostenlose Stromlieferungen für Bedürftige nicht einfach dadurch ausgleichen, dass

man die Arbeit der Statistikämter verbessere oder eine Steuerreform beschließe. Das eine belaste den Haushalt sofort, das andere zeige erst viel später Wirkung.

Änderungen seien aber natürlich möglich, heißt es in Brüssel. 2010 habe die griechische Regierung Privatisierungen im Umfang von 50 Milliarden Euro versprochen, die nie zustande gekommen seien. Wenn eine andere ähnlich ertragreiche Maßnahme wie zum Beispiel eine Besteuerung von Reedereigewinnen an ihre Stelle trete, sei das kein Bruch des Vertrags. Bestimmte Zahlen aber seien nicht verhandelbar. So sei zum Beispiel ein angestrebter Haushaltsüberschuss von jährlich 4,5 Prozent, der von Tsipras als mörderisch bezeichnet wird, im derzeitigen Programm festgeschrieben.

Wie viel zusätzliches Geld gebraucht werde, wisse wohl nicht einmal die neue Regierung, heißt es in Brüssel. Bislang sei die Anfang Februar veröffentlichte Wirtschaftsprognose der EU-Kommission die einzige belastbare Information. Sie sagt für dieses Jahr ein Wachstum von 2,5 Prozent und für 2016 von 3,6 Prozent voraus. 2013 war die Wirtschaft noch um 3,9 Prozent geschrumpft. Auch bei der Arbeitslosigkeit wird eine leichte Verbesserung von 27,5 auf 22 Prozent prognostiziert – allerdings wurden sämtliche Berechnungen noch unter der Annahme angestellt, dass das Programm in der bisherigen Form weitergeführt wird. Ob Tsipras' markige Worte einen Wachstumsschub bedeuten, weil sie den Menschen Mut machen, oder ob sie die letzten Investoren aus dem Land verschrecken, weiß bislang niemand zu sagen.

KOMMENTAR

Verhandlungen mit Griechenland

Die Uhr tickt und tickt



VON GERD HÖHLER

Nach dem Debakel beim Treffen der Eurogruppe, das in der Nacht zum Donnerstag ohne gemeinsames Communiqué endete, weil der griechische Premier Alexis Tsipras seinen Finanzminister Yanis Varoufakis in letzter Minute telefonisch zurückerpfliff, kommt nun wenigstens ein Dialog in Gang. Es sprechen auch endlich Tsipras und Angela Merkel persönlich miteinander. Die Kanzlerin begrüßte ihre neuen griechischen Kollegen beim EU-Gipfel freundlich, obwohl der sie noch im Wahlkampf als „gefährlichste Politikerin Europas“ genannt hatte, die Griechenland zu einer deutschen „Schuldenkolonie“ machen wolle.

Seit Freitag verhandelt die griechische Regierung nun wieder mit den Vertretern der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds – es ist de facto die altbekannte Troika, von der Tsipras noch am Donnerstag sagte, es gebe sie nicht mehr. Einzige Unterschiede zu früher: Man verhandelt nicht in Athen, sondern in Brüssel. Und keiner nimmt das Unwort Troika in den Mund.

Sprachliche Feinheiten gilt es auch beim Gegenstand der Verhandlungen zu beachten: Während die Gläubiger von einer Verlängerung des bisherigen Anpassungsprogramms reden, spricht Athen von einer Brückenvereinbarung. In beiden Varianten geht es aber um dasselbe: eine Übereinkunft, die sicherstellen soll, dass Griechenland über den Sommer hinweg zahlungsfähig bleibt.

Bis dahin will man einen neuen Vertrag aushandeln, der auch Schuldenerleichterungen vorsehen wird, wie die auch immer aussehen mögen. Der neue

Vertrag könnte am 1. September in Kraft treten. Aber noch steht die Brücke nicht, über die sich die Griechen in den Herbst zu retten hoffen. Zunächst muss vereinbart werden, welche Spar- und Reformauflagen Griechenland noch umzusetzen hat. Für Tsipras ist das ein heikles Thema, versichert er doch seinen Anhängern, mit seinem Wahlsieg sei das bisherige Programm abgeschafft und der Sparkurs beendet. Erschwert werden die Verhandlungen auch, weil die neue Regierung bereits einen ganzen Katalog von Maßnahmen angekündigt hat: höhere Mindestlöhne und steigende Renten, Wiedereinstellungen im Staatsdienst, Rückbau der Arbeitsmarktreformen, Privatisierungsstopp. Das alles sind einseitige Schritte, die gegen die bisherigen Vereinbarungen mit der Troika verstoßen.

Seit dem EU-Gipfel zeichnet sich zwar die Möglichkeit eines Kompromisses ab. Aber man ist noch nicht am Ziel. Die Verhandlungen stehen unter einem extremen Zeitdruck. Die Uhr tickt und tickt. Beim Treffen der Euro-

gruppe am kommenden Montag muss eine Einigung erzielt werden. Sonst kann die Verlängerung des Programms, die in einigen Eurostaaten von den Parlamenten gebilligt werden muss, nicht rechtzeitig erfolgen. Griechenland hänge dann am 1. März in der Luft – ohne Hilfskredite, ohne Sicherheitsnetz. Wenn dann auch noch die EZB, womit zu rechnen ist, den griechischen Banken den Geldhahn zudreht, dürfte die Staatspleite eine Frage von Wochen, allenfalls Monaten sein. Welche Folgen das für die anderen Problemländer und die Währungsunion insgesamt hätte, vermag niemand mit Gewissheit abzuschätzen.

Endlich nähern sich Athen und die Gläubiger an, aber die Krise ist noch nicht entschärft

AUCH DAS NOCH

Zoff um eine Zeichnung

Jüngst ist aus traurigem Anlass viel über Karikaturen und Pressefreiheit gesprochen worden. Viele Menschen sagten, dass ein Karikaturist vieles dürfen sollte, vielleicht sogar alles. Aber Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in Wehrmachtsuniform zeigen und auf die Konzentrationslager der Nazis anspielen? Darf man das? Soll man das dürfen? Muss man das machen? Schäubles Sprecher Martin Jäger jedenfalls hat am Freitag eine Karikatur in der Par-

teizeitung der griechischen Regierungspartei Syriza kritisiert. „Diese Karikatur ist widerwärtig. Und der Autor dieser Karikatur sollte sich schämen“, befand Jäger. Es gelte das Prinzip der Meinungsfreiheit. „Ich nehme jetzt diese Meinungsfreiheit auch mal für mich persönlich in Anspruch“, so Jäger. Auf dem Bild werden Schäuble unter dem Titel „Die Verhandlung hat begonnen“ diese Worte in den Mund gelegt: „Wir bestehen darauf, Seife aus Eurem Fett zu machen.“ – „Wir diskutieren nur über Düngemittel aus Eurer Asche.“ *dpa/bür*

Klimaverhandlungen starten gut ins entscheidende Jahr

Ende 2015 soll in Paris ein Pakt gegen die Erderwärmung geschlossen werden / Die Vorarbeit wird jetzt geleistet

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

BANGKOK/GENÈVE. Ende des Jahres soll ein neuer Weltklimavertrag verabschiedet werden, der die Klimaerwärmung auf zwei Grad begrenzen soll. Dafür wurde nun ein erster, wichtiger Schritt getan.

Das vergangene Jahr war das wärmste seit Beginn der Temperaturlaufzeichnung vor 130 Jahren und die zehn wärmsten Jahre fielen alle in die Zeit von 1998 bis heute. Damit es nicht immer wärmer wird, wollen die Staaten der Welt im Dezember in Paris einen neuen Weltklimavertrag verabschieden. Darin sollen sich alle Länder verpflichten, ihre Emissionen von klimaschädigenden Gasen zu senken – nicht nur die Industriestaaten.

Nun fand in Genf eine erste Vorbereitungskonferenz für Paris statt. Dort haben

sich die Klimadiplomaten auf einen ersten Entwurf des neuen Weltklimavertrags geeinigt. Auf Basis dieses Textes, der bislang eher eine Ideensammlung ist, soll weiterverhandelt werden. Alle Länder durften ihre Wünsche einbringen. „Es ist, als ob 195 Autoren versuchen würden, gemeinsam ein Buch zu schreiben“, sagt Ahmed Sareer von den Malediven, der Sprecher der Verhandlungsgruppe der kleinen Inselstaaten. Die Sammlung aller Ideen sei ein nötiger Schritt gewesen, „um sicherzustellen, dass sich alle Länder mit dem Text identifizieren können“.

Die Stimmung in Genf war laut Teilnehmern gut, aber „es ist unklar, inwiefern das damit zusammenhängt, dass in Genf nicht wirklich verhandelt wurde“, sagt Alix Mazounie vom Klimanetzwerk CAN. Ob die gute Laune hält, zeigt sich im Juni. Dann treffen sich die Klimadiplomaten in Bonn, um den 86 Seiten langen Text zu kürzen.

Eine der wichtigsten Fragen ist die Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Im Moment beruht diese auf einer Liste von 1992. Doch mittlerweile ist China der größte Emittent von Kohlendioxid (CO₂) und einige sogenannte Entwicklungsländer sind wohlhabender als Industriestaaten.

Wer ist eine Industrienation, und wer nicht? Eine Möglichkeit besteht darin, dass die Länder selbst entscheiden, wie entwickelt sie sind und welchen Beitrag sie zum Klimaschutz leisten wollen. Äthiopien dagegen will zwar an einer Zweiteilung der Welt festhalten, jedoch Indikatoren festlegen, wann ein Land zum Industriestaat befördert wird. Brasilien schlägt

vor, ein System mit mehr als zwei Gruppen zu schaffen. Indien bleibt hart: „Die Kategorien der UN-Klimakonvention kann man nicht ändern“, sagt Shankar Prasad, Chef der indischen Delegation.

Der EU und der Schweiz ist es wichtig, dass sich nicht nur die Entwicklungsländer stärker am Klimaschutz beteiligen, sondern auch der Flug- und Schiffsverkehr. Diese Sektoren tragen derzeit je drei Prozent zu den globalen CO₂-Emissionen bei. Doch bis 2050 werden die Emissionen des Flugverkehrs um 270 Prozent, die des Schiffsverkehrs um 250 Prozent wachsen. Bislang passiert in diesen Sektoren zu wenig im Sinne des Klimas, beklagt Bill Hemmings vom Brüsseler Forschungsinstitut Transport and Environment: „Beide Sektoren sind von Treibstoffsteuern ausgenommen. Daher wäre eine Abgabe auf Emissionen sinnvoll.“

Billig telefonieren

ORTSGESPRÄCHE Samstag/Sonntag				
Zeit	Anbieter	Kennzahl	CT./Min.	
0-7	Arcor	01070	0,38	
	Tele2	01013	0,87	
7-19	tellmio	01038	1,37	
	01079	01079	1,49	
19-24	Arcor	01070	0,39	
	Tele2	01013	0,87	

FERNGESPRÄCHE Samstag/Sonntag				
Zeit	Anbieter	Kennzahl	CT./Min.	
0-7	Arcor	01070	0,49	
	Tele2	01013	0,61	
7-19	01020	01020	0,75	
	Disc. Telec.	01017	0,93	
19-24	Tele2	01013	0,61	
	Arcor	01070	0,79	

* In der Tabelle sind nur Anbieter berücksichtigt, deren Netzkapazitäten nicht ständig überlastet sind und deren Preisgestaltung einigermaßen transparent und verlässlich ist.

Alle Angaben ohne Gewähr!

QUELLE: BZ/SACHS STAND 13. 2. 2015 BZ-GRAFIK